

# Energiegesetz

(EnG)

## (Dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter)

Änderung vom 30. September 2022

---

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,*  
nach Einsicht in den Bericht der Kommission für Umwelt, Raumplanung und  
Energie des Nationalrates vom 25. April 2022<sup>1</sup>  
und in die Stellungnahme des Bundesrates vom 3. Juni 2022<sup>2</sup>,  
*beschliesst:*

I

Das Energiegesetz vom 30. September 2016<sup>3</sup> wird wie folgt geändert:

*Art. 35 Abs. 2 Bst. d<sup>bis</sup>*

<sup>2</sup> Mit dem Netzzuschlag werden finanziert:

d<sup>bis</sup>. die Einmalvergütung nach Artikel 71a Absatz 4;

*Art. 45a*      Pflicht zur Nutzung der Sonnenenergie bei Gebäuden

<sup>1</sup> Beim Bau neuer Gebäude mit einer anrechenbaren Gebäudefläche von mehr als 300 m<sup>2</sup> ist auf den Dächern oder an den Fassaden eine Solaranlage, beispielsweise eine Photovoltaik- oder eine Solarthermieanlage, zu erstellen. Die Kantone können diese Pflicht auch bei Gebäuden mit einer anrechenbaren Gebäudefläche von 300 m<sup>2</sup> oder weniger vorsehen.

<sup>2</sup> Die Kantone regeln die Ausnahmen, insbesondere wenn das Erstellen einer Solaranlage:

- a. anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften widerspricht;
- b. technisch nicht möglich ist; oder
- c. wirtschaftlich unverhältnismässig ist.

<sup>1</sup> BBl 2022 1536

<sup>2</sup> BBl 2022 1540

<sup>3</sup> SR 730.0

<sup>3</sup> Bis zum Inkrafttreten der kantonalen Gesetzesbestimmungen zu den Ausnahmen regeln die Kantonsregierungen diese auf Verordnungsstufe.

<sup>4</sup> Kantone, welche Anforderungen zur Eigenstromerzeugung bei Neubauten gemäss MuKE n 2014 Teil E oder weitergehend bis am 1. Januar 2023 eingeführt haben, sind von der Umsetzung der Absätze 1–3 befreit.

*Art. 45b* Nutzung der Sonnenenergie bei Infrastrukturen des Bundes

<sup>1</sup> Die Sonnenenergie ist auf den dafür geeigneten Infrastrukturoberflächen des Bundes bestmöglich zu nutzen. Geeignete Flächen sind bis 2030 solaraktiv auszurüsten.

<sup>2</sup> Der Bundesrat regelt die Rahmenbedingungen und die Einzelheiten.

*Einfügen nach dem Gliederungstitel des 14. Kapitels*

*Art. 71a* Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 30. September 2022  
(Produktion von zusätzlicher Elektrizität aus Photovoltaik-Grossanlagen)

<sup>1</sup> Bis die Erstellung von Photovoltaik-Grossanlagen nach Absatz 2 schweizweit eine jährliche Gesamtproduktion von maximal 2 TWh erlaubt, gilt für solche Anlagen, sowie für ihre Anschlussleitungen, dass:

- a. ihr Bedarf ausgewiesen ist;
- b. sie von nationalem Interesse und standortgebunden sind; bei Anlagen in Objekten nach Artikel 5 NHG<sup>4</sup> bleibt bei einer Abweichung von der ungeschmälernten Erhaltung die Pflicht zur grösstmöglichen Schonung unter Einbezug von Wiederherstellungs- oder Ersatzmassnahmen bestehen;
- c. für sie keine Planungspflicht besteht;
- d. das Interesse an ihrer Realisierung anderen nationalen, regionalen und lokalen Interessen grundsätzlich vorgeht;
- e. sie ausgeschlossen sind in:
  1. Mooren und Moorlandschaften nach Artikel 78 Absatz 5 der Bundesverfassung,
  2. Biotopen von nationaler Bedeutung nach Artikel 18a NHG, und
  3. Wasser- und Zugvogelreservaten nach Artikel 11 des Jagdgesetzes vom 20. Juni 1986<sup>5</sup>.

<sup>2</sup> Die Photovoltaik-Grossanlagen müssen folgende Voraussetzungen erfüllen:

- a. die jährliche Mindestproduktion beträgt 10 GWh; und
- b. die Stromproduktion vom 1. Oktober–31. März (Winterhalbjahr) beträgt mindestens 500 kWh pro 1 kW installierter Leistung.

<sup>4</sup> SR 451

<sup>5</sup> SR 922.0

Energiegesetz (Dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter)

---

<sup>3</sup> Die Bewilligung für Photovoltaik-Grossanlagen wird durch den Kanton erteilt, wobei die Zustimmung der Standortgemeinde und der Grundeigentümer vorliegen muss.

<sup>4</sup> Anlagen, die bis zum 31. Dezember 2025 mindestens teilweise Elektrizität ins Stromnetz einspeisen, erhalten vom Bund eine Einmalvergütung in der Höhe von maximal 60 Prozent der Investitionskosten. Der Bundesrat legt die Ansätze im Einzelfall fest; die Betreiber reichen dazu eine Wirtschaftlichkeitsrechnung ein. Netzverstärkungen, die notwendig werden zur Einspeisung von Elektrizität der Anlagen, sind Teil der Systemdienstleistungen der nationalen Netzgesellschaft.

<sup>5</sup> Die Anlagen werden bei endgültiger Ausserbetriebnahme vollständig zurückgebaut und die Ausgangslage wiederhergestellt.

<sup>6</sup> Dieser Artikel bleibt auf Gesuche, die bis am 31. Dezember 2025 öffentlich aufgelegt werden, sowie bei allfälligen Beschwerdeverfahren anwendbar.

*Art. 71b* Übergangsbestimmungen zur Änderung vom 30. September 2022  
(Produktion von zusätzlicher Elektrizität aus Speicherwasserkraftwerken)

<sup>1</sup> Für die Erweiterung des Speicherwasserkraftwerks nach Absatz 2 gilt, dass:

- a. der Bedarf ausgewiesen ist;
- b. dafür keine Planungspflicht besteht;
- c. das Interesse an der Realisierung anderen nationalen, regionalen und lokalen Interessen grundsätzlich vorgeht.

<sup>2</sup> Absatz 1 gilt für sämtliche zur Realisierung des Vorhabens nötigen und zur rationellen Nutzung der Wasserkraft gebotenen Massnahmen innerhalb des Kraftwerksystems beim Projekt Grimsensee (Gemeinde Guttannen [BE]) mit Erhöhung des Grimselsees um 23 m und Verlegung der Grimselpassstrasse.

<sup>3</sup> Dieser Artikel bleibt auf Gesuche, die bis am 31. Dezember 2025 öffentlich aufgelegt werden, sowie bei allfälligen Beschwerdeverfahren anwendbar.

*Art. 75a* Übergangsbestimmung zur Änderung vom 30. September 2022  
(Pflicht zur Nutzung der Sonnenenergie bei Gebäuden)

Die Kantone erlassen die Ausnahmebestimmungen gemäss Artikel 45a Absatz 2 bis zum 1. Januar 2023. Gesuche, die vor diesem Zeitpunkt eingereicht werden, unterstehen der Pflicht gemäss Artikel 45a Absatz 1 nicht.

Energiegesetz (Dringliche Massnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung einer sicheren Stromversorgung im Winter)

---

II

<sup>1</sup> Dieses Gesetz wird dringlich erklärt (Art. 165 Abs. 1 der Bundesverfassung [BV]<sup>6</sup>).  
Es untersteht dem fakultativen Referendum (Art. 141 Abs. 1 Bst. b BV).

<sup>2</sup> Es tritt am 1. Oktober 2022 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2025.